

---

**14727/AB XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 09.08.2013**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

## Anfragebeantwortung

NIKOLAUS BERLAKOVICH  
Bundesminister



lebensministerium.at

An die  
Frau Präsidentin  
des Nationalrates  
Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

ZI. LE.4.2.4/0087 -I 3/2013

Wien, am 6. Aug. 2013

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen vom 12. Juni 2013, Nr. 15043/J, betreffend die Durchsetzung österreichischer Interessen auf Europäischer Ebene durch die Mitglieder der österreichischen Bundesregierung

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen vom 12. Juni 2013, Nr. 15043/J, teile ich Folgendes mit:

Zu den Fragen 1 bis 14:

Es ist darauf hinzuweisen, dass der Nationalrat von den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung in Entsprechung der Verpflichtung gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG laufend und umfassend über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union unterrichtet wird.

Die in der gegenständlichen parlamentarischen Anfrage abgefragten Inhalte sind daher dem Nationalrat bekannt. Die Beantwortung dieser Anfrage bedeutet für das BMLFUW, das eine Vielzahl von Ratssitzungen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung (von den Ratsarbeitsgruppen über den COREPER bis zur mehrfachen Behandlung im Rat)

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

wahrzunehmen und vorzubereiten hat, eine enorme Recherchearbeit, die mit sehr großem Personalaufwand in den Unterlagen des angefragten Zeitraums betrieben werden müsste. Dies ist – vor dem Hintergrund der erwähnten umfassenden Informationspflicht der zuständigen Regierungsmitglieder gegenüber dem Nationalrat – ein nicht zu vertretender Verwaltungsaufwand.

Österreichs VertreterInnen in den Ratssitzungen und in den dem Rat vorgelagerten Gremien, bringen, wenn es aus österreichischer Sicht erforderlich und sinnvoll erscheint, Änderungsvorschläge ein, die gemeinsam mit Vorschlägen anderer Mitgliedstaaten verhandelt werden. Seitens der österreichischen Vertreter wird dem Gesamtergebnis jedenfalls nur dann zugestimmt, wenn dieser im Hinblick auf die bestehende österreichische Interessenslage im Sinne eines vernünftigen und akzeptablen Gesamtkompromisses tragbar ist.

Zu Frage 15:

Im Zeitraum 01. Jänner 2012 bis 12. Juni 2013 haben die unten genannten Tagungen des Rates der Europäischen Union stattgefunden, wofür ein Betrag von € 116.107,29 an Sach- und Personalaufwand entstanden ist.

<b>Betreff</b>	<b>Datum</b>	<b>Ort</b>
Informeller Rat Landwirtschaft	26.-28.05.2013	Dublin
Rat Landwirtschaft	13.05.2013	Brüssel
Informeller Rat Umwelt	22.-23.04.2013	Dublin
Rat Landwirtschaft	17.-20.03.2013	Brüssel
Rat Landwirtschaft	24.-25.02.2013	Brüssel
Rat Landwirtschaft	28.-29.11.2012	Brüssel
Rat Landwirtschaft	22.10.2012	Luxemburg
Rat Landwirtschaft	24.09.2012	Brüssel
Informeller Rat Landwirtschaft	09.-11.09.2012	Nikosia, Zypern
Rat Landwirtschaft	16.07.2012	Brüssel
Informeller Rat Umwelt	08.07.2012	Nikosia, Zypern
Rat Landwirtschaft	18.06.2012	Luxemburg
Informeller Rat Landwirtschaft	03.-05.06.2012	Dänemark
Rat Landwirtschaft	14.-15.05.2012	Brüssel
Rat Landwirtschaft	26.04.2012	Luxemburg
Rat Landwirtschaft	19.-20.03.2012	Brüssel
Rat Umwelt	09.03.2012	Brüssel
Rat Landwirtschaft	23.01.2012	Brüssel

Der Bundesminister: